

Antrag

des Bundesministers der Finanzen

Rechnungslegung über das Sondervermögen des Bundes „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“ — Wirtschaftsjahr 1983

I.

Durch das Dritte Verstromungsgesetz vom 13. Dezember 1974 in der Fassung vom 17. November 1980 (BGBl. I S. 2137) ist der Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes als unselbständiges Sondervermögen des Bundes gebildet worden; er wird vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft verwaltet.

Aus dem Ausgleichsfonds werden nach Maßgabe dieses Gesetzes Zuschüsse zur Förderung des Einsatzes von Steinkohle in der Kraftwirtschaft gewährt und die Kosten der Verwaltung des Sondervermögens bestritten. Eine Übersicht über den Einsatz deutscher Kohle in der Kraftwirtschaft in den Jahren 1975 bis 1983 ist als Anlage 1 beigelegt. Die Mittel des Ausgleichsfonds werden durch eine Ausgleichsabgabe aufgebracht. Das Bundesamt für ge-

werbliche Wirtschaft ist ermächtigt, bis zur Höhe von 500 Mio. DM Kredite zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft (Kassenverstärkungskredite) aufzunehmen.

Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft hat für jedes Kalenderjahr einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der der Genehmigung des Bundesministers für Wirtschaft bedarf. Der Bundesminister für Wirtschaft hat dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat bis zum Ende des nächsten Wirtschaftsjahres zur Entlastung gesondert Rechnung zu legen.

II.

Die Einnahmen und Ausgaben des Ausgleichsfonds haben sich im Wirtschaftsjahr 1983 wie folgt entwickelt. (Eine Übersicht nach Bundesländern befindet sich in Anlage 2):

Haushaltsrechnung 1983
für das Sondervermögen
„Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungssist	
				mehr DM	weniger DM
	Einnahmen				
099	Ausgleichsabgabe	1 948 404 993,93	1 780 000 000,—	168 404 993,93	—
119/1	Vermischte Verwaltungseinnahmen	828,10	—	828,10	—
119/2	Zinsen für überzahlte Zuschüsse und sonstige Zinseinnahmen	169 457,85	826 000,—	—	656 542,15
119/3	Rückzahlungen von Zuschüssen aus Vorjahren .	65 839 185,71	70 000 000,—	—	4 160 814,29
119/4	Verwahrungen	—	—	—	—
162	Zinserträge aus Festgeldanlagen sowie beim Girokonto	4 068 583,60	3 000 000,—	1 068 583,60	—
325	Schuldenaufnahme auf dem Kreditmarkt — Nettokreditaufnahme —	—	120 000 000,—	—	120 000 000,—
360	Übertrag aus dem Vorjahr	105 804 114,93	105 804 000,—	114,93	—
	Gesamteinnahmen	2 124 287 164,12	2 079 630 000,—	169 474 520,56	124 817 356,44

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungssist	
				mehr DM	weniger DM
	Ausgaben				
422 41	Bezüge der planmäßigen Beamten	1 054 501,40	1 235 000,—	—	180 498,60
425 41	Vergütung der Angestellten	2 207 633,77	2 280 000,—	—	72 366,23
427 41	Vergütung und Löhne für Aushilfskräfte, deren Arbeitsverträge auf längstens zwölf Monate befristet sind	240 753,75	375 000,—	—	134 246,25
	Sächliche Verwaltungsausgaben				
511	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften	51 099,73	70 000,—	—	18 900,27
513	Post- und Fernmeldegebühren	88 628,26	100 000,—	—	11 371,74
514	Haltung von Dienstfahrzeugen	9 401,08	10 000,—	—	598,92
515	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	26 942,85	34 000,—	—	7 057,15

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungssist	
				mehr DM	weniger DM
516	Dienst- und Schutzklei- dung, persönliche Ausrü- stungsgegenstände	—	1 000,—	—	1 000,—
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	103 514,28	125 000,—	—	21 485,72
518	Mieten und Pachten	378 465,41	418 000,—	—	39 534,59
519	Unterhaltung der Grund- stücke und baulichen An- lagen	504,25	5 000,—	—	4 495,75
525	Aus- und Fortbildung von Bediensteten	5 823,70	23 000,—	—	17 176,30
526/1	Gerichtskosten	41 158,82	90 000,—	—	48 841,18
526/2	Kosten für Sachverständi- ge	377 882,11	680 000,—	—	302 117,89
526/3	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnli- chen Ausschüssen	2 783,18	5 000,—	—	2 216,82
527/1	Reisekostenvergütung für Inlandsdienstreisen .	45 642,87	45 000,—	642,87 ¹⁾	—
527/2	Reisekostenvergütung für Auslandsdienstreisen	—	2 000,—	—	2 000,—
527/3	Reisekosten für Aus- und Fortbildung von Bedien- steten	121,90	5 000,—	—	4 878,10
532	Beschaffung eines Soft- ware-Systems	46 157,47	17 000,—	29 157,47 ²⁾	—
539	Vermischte Verwaltungs- ausgaben einschließlich Gemeinkostenzuschlag ..	532 539,31	610 000,—	—	77 460,69
	Ausgaben für den Schuldendienst				
575	Zinsausgaben für Kas- senverstärkungskredite .	—	4 500 000,—	—	4 500 000,—
595	Tilgungsausgaben am Kreditmarkt	—	—	—	—
	Erstattungen				
671	Erstattung überzahlter Ausgleichsabgabe	20 023 995,50	30 000 000,—	—	9 976 004,50
	Zuschüsse an Kraftwerks- unternehmen nach dem Dritten Verstromungsge- setz³⁾				
	— Die Ausgaben sind ge- genseitig deckungsfä- hig —				
683/1	Zuschüsse nach § 3 Abs. 1 und 4 (Ölausgleich) Kraft- werksinbetriebnahme 1. Juli 1966 bis 30. Juni 1971	27 220 759,36	30 000 000,—	—	2 779 240,64

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungssist	
				mehr DM	weniger DM
683/2	Zuschüsse nach § 3 Abs. 2 und 4 (Ölausgleich) Kraftwerksinbetriebnahme vor dem 1. Juli 1966	52 274 469,17	30 000 000,—	22 274 469,17	—
683/3	Zuschüsse nach § 3 Abs. 3 und 4 (Ölausgleich) Kraftwerksinbetriebnahme ab 18. Dezember 1974	15 934 094,10	20 000 000,—	—	4 065 905,90
683/4	Zuschüsse zu Stromtransportkosten nach § 4 Abs. 2	12 486 675,—	31 000 000,—	—	18 513 325,—
683/5	Zuschüsse zu Stromtransportkosten nach § 1 Abs. 4 Satz 2 Zweites Verstromungsgesetz	518 220,—	—	518 220,—	—
683/6	Zuschüsse nach § 16 Abs. 2 — Minderpreisverträge —	20 948 604,21	10 000 000,—	10 948 604,21	—
683/7	Zuschüsse für Mehrkostenausgleich in besonderen Fällen nach § 3 a a. F.	—	—	—	—
683/8	Zuschüsse für Zusatzmengen nach § 5 (§ 3 b a. F.)	16 679 681,32	10 000 000,—	6 679 681,32	—
683/9	Zuschüsse für Optionsmengen nach § 3 b Abs. 11 a. F.	1 185 082,12	1 000 000,—	185 082,12	—
693/10	Zuschüsse für niederflüchtige Kohle nach § 6 Abs. 1	107 816 834,20	75 000 000,—	32 816 834,20	—
683/11	Zuschüsse zum Ausgleich von Revierunterschieden nach § 6 Abs. 2	120 432 223,04	61 000 000,—	59 432 223,04	—
683/12	Zuschüsse für eine Verstromungsreserve nach § 7	18 739 497,16	26 000 000,—	—	7 260 502,84
683/13	Zuschüsse nach § 5 Abs. 1 und 3 — Mehrkosten gegenüber Drittlandskohle	1 122 736 338,83	1 060 000 000,—	62 736 338,83	—
892/1	Zuschüsse zu Investitionskosten von Kraftwerksneubauten nach § 4 Abs. 1 Satz 1 und 2 Inbetriebnahme 18. Dezember 1974 bis 31. Dezember 1987	574 867 047,—	670 000 000,—	—	95 132 953,—
892/2	Zuschüsse zu den Umrüstkosten von öl- sowie öl-/gasbefeuerten Heizkraftwerken nach § 4 Abs. 1 Satz 3	6 733 295,—	15 000 000,—	—	8 266 705,—
	Gesamtausgaben	2 123 810 370,15	2 079 630 000,—	195 621 253,23	151 440 883,08

Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungssoll beträgt das Rechnungssist	
			mehr DM	weniger DM
Abschluß				
Ausgleichsabgabe	1 948 404 993,93	1 780 000 000,—	168 404 993,93	—
Verwaltungs- und Zinseinnahmen	70 078 055,26	73 826 000,—	—	3 747 944,74
Schuldenaufnahme auf dem Kreditmarkt	—	120 000 000,—	—	120 000 000,—
Übertrag aus Vorjahr	105 804 114,93	105 804 000,—	114,93	—
Gesamteinnahmen	2 124 287 164,12	2 079 630 000,—	168 405 108,86	123 747 944,74
Personalausgaben	3 502 888,92	3 890 000,—	—	387 111,08
Sächliche Verwaltungsausgaben .	1 710 665,22	2 240 000,—	—	529 334,78
Ausgaben für den Schuldendienst	—	4 500 000,—	—	4 500 000,—
Erstattungen	20 023 995,50	30 000 000,—	—	9 976 004,50
Zuschüsse an Kraftwerksunternehmen	2 098 572 820,51	2 039 000 000,—	59 572 820,51	—
Gesamtausgaben	2 123 810 370,15	2 079 630 000,—	59 572 820,51	15 392 450,36
Überschuß	476 793,97			

Finanzierungsrechnung: Kreditaufnahme vom Kreditmarkt:	0
Tilgung	0
Nettotilgung	0

1) Deckung gemäß § 4 Abs. 6 HG 1983 bei Titel 527/2.

2) Der Mehrausgabe wurde zugestimmt. Deckung bei Titel 526/2.

3) Mehrausgaben bei verschiedenen Titeln sind durch Minderausgaben bei anderen Titeln bzw. durch Mehreinnahmen bei der Ausgleichsabgabe (Titel 099) gedeckt.

III.

1. Einnahmen

a) Die *Bruttoeinnahmen* aus der Ausgleichsabgabe betrugen in 1983 rd. 1 948,4 Mio. DM. Nach Abzug der Erstattung überzahlter Beträge im Rahmen des Jahresabrechnungsverfahrens (insgesamt 20 Mio. DM) ergeben sich *Nettoeinnahmen* von rd. 1 928,4 Mio. DM, dies sind rd. 83,6 Mio. DM weniger als im Vorjahr. Die Abnahme beruht auf der Senkung des Abgabesatzes von 4,2 % auf 3,5 % für 1983. Die *Nettoeinnahmen* lagen gleichwohl um 178,4 Mio. DM oder 10,2 % über der im Wirtschaftsplan veranschlagten Summe von 1 750 Mio. DM. Die Zunahme ist in erster Linie bedingt durch erhebliche Nachzahlungen aus der Jahresabrechnung der Vorperiode.

b) Das Aufkommen aus *Zinserträgen* und sonstigen Einnahmen betrug insgesamt 4,2 Mio. DM, wobei die Zunahme gegenüber der veranschlagten Summe nur 0,4 Mio. DM ausmachte.

c) Da die Einnahmen um 178,8 Mio. DM höher ausfielen als erwartet, brauchte der mit 120 Mio. DM eingeplante Kassenverstärkungskredit zur Deckung der erwarteten Gesamtausgabe von 1 979,6 Mio. DM nicht in Anspruch genommen zu werden. Hierdurch ergab sich insgesamt ein sehr ausgeglichenes Ergebnis entsprechend der in Abschnitt IV aufgezeigten Vermögensentwicklung.

2. Ausgaben

Für Zuschüsse und sonstige Aufwendungen sind 1983 netto insgesamt 2 037,9 Mio. DM verausgabt worden; damit wurde der entsprechende Vorjahreswert um 62,9 Mio. DM und der im Wirtschaftsplan 1983 veranschlagte Nettowert (1 979,6 Mio. DM) um 58,3 Mio. DM (+ 3 %) überschritten.

a) Zuschüsse

aa) Zu *Mehrausgaben* kam es vor allem beim Mehrkostenausgleich im Verhältnis Gemein-

schaftskohle zu Öl sowie zu Drittlandskohle, bei der niederflüchtigen Kohle, den Minderpreisgeschäften sowie beim Revierausgleich.

- Beim *Ölausgleich* (+ 15,4 Mio. DM) waren in revierfernen Gebieten aufgrund niedriger Ölpreise (300 DM/t SKE) zunächst höhere Zuschußzahlungen notwendig als erwartet. Nachdem die Ölpreise ab September wieder stiegen (370 DM/SKE), gingen die Zahlungen zurück.
- Beim *Mehrkostenausgleich gegenüber Drittlandskohle* (+ 69,6 Mio. DM) wirkte sich die unvorhergesehene Verbilligung importierter Kraftwerkskohle aus, die zu einem höheren Zuschußbedarf führte. Eine weitere Erhöhung wurde durch die gesetzlich vorgeschriebene Plafondierung der Zuschüsse auf das Niveau des Jahres 1980 vermieden.
- Bei den Mehrausgaben für *Minderpreisgeschäfte* (+ 11 Mio. DM) handelt es sich ausschließlich um Nachzahlungen von Zuschüssen aus atypischen Minderpreisgeschäften der Aktion, die Ende 1981 ausgelaufen ist.
- Bei dem deutlichen Anstieg der *Zuschüsse für den erschwerten Einsatz niederflüchtiger Kohle in der Kraftwirtschaft* (+ 32,8 Mio. DM) hat auch die Veränderung der Flüchtigkeitsgehalte dieser Kohle (Absinken um ca. 2 Prozentpunkte) eine Rolle gespielt.
- Ursächlich für die kräftige Zunahme der *Zuschüsse zur Angleichung der Kraftwerkskohlepreise der Außenreviere an das Niveau der Ruhrkohle* war vor allem die höhere Neumenge, mit der ein Mindereinsatz aus der Vorperiode wieder ausgeglichen wurde („Nachholung“). Daneben wirkte sich der vergrößerte Preisabstand zwischen Revier- und Außenrevierkraftwerkskohle aus.

bb) Zu *Minderausgaben* kam es vor allem bei den Stromtransportkosten, den Investitionszuschüssen für Kraftwerksneubauten und -umrüstungen sowie bei der Verstromungsreserve.

- Der Rückgang der Zuschußzahlungen zu *Stromtransportkosten* (– 18 Mio. DM) beruht auf der Reduzierung der Zuschußempfänger um ein Unternehmen, welches in der Vergangenheit erhebliche Zuschüsse erhielt, sowie auf dem Anstieg der Ölpreise.
- Die Minderausgabe bei der *Verstromungsreserve* (– 7,3 Mio. DM) ist dadurch entstanden, daß nur bei etwa 60 % der Antragsteller Zinsaufwendungen für die Finanzierung des Kaufpreises der in die Reserve eingelagerten Kraftwerkssteinkohle anfielen.

- Der Rückgang bei den *Investitionskostenzuschüssen* (– 103,4 Mio. DM) beruht darauf, daß ein Neubauprojekt aufgegeben und ein anderes auf das Jahr 1985 verschoben wurde. Außerdem nahm die anfängliche Bereitschaft, ölbefeuerte bzw. öl-/gasbefeuerte Heizkraftwerke auf Steinkohlenfeuerung umzustellen, merklich ab. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der gestiegenen Umweltschutzanforderungen und der allgemeinen Energiepreislage zu sehen.

b) Verwaltungsausgaben

Die *Verwaltungsausgaben* in Höhe von 5,2 Mio. DM bewegten sich erneut auf Vorjahresniveau; die Veränderungsrate betrug nur +0,1 Mio. DM und lag damit um 0,9 Mio. DM unter dem Planansatz von 6,1 Mio. DM. Die eingeplanten Kreditzinsen von 4,5 Mio. DM entfielen, da der Kassenverstärkungskredit nicht in Anspruch genommen werden mußte.

3. Gesamtergebnis

Nach Abzug der Gesamtausgaben in Höhe von netto 2 037,9 Mio. DM von den Gesamteinnahmen in Höhe von 2 038,4 Mio. DM (Nettoeinnahme von 1 932,6 Mio. DM zuzüglich Guthaben aus 1982 von 105,8 Mio. DM) ergab sich ein Jahresüberschuß von 0,5 Mio. DM.

IV.

Das Vermögen des Ausgleichsfonds hat sich im Wirtschaftsjahr 1983 wie folgt entwickelt:

	in Mio. DM
1. Guthaben aus 1982	105,8
2. Ausgleichsabgabe und Zinsen	<u>2 018,5</u>
3. Gesamteinnahmen	2 124,3
4. Ausgaben	<u>2 123,8</u>
Guthaben am 31. Dezember 1983	0,5

Verschuldung

Stand der Verschuldung am 1. Januar 1983	0
Stand der Verschuldung am 31. Dezember 1983	0

Anlage 1

Übersicht über den Einsatz deutscher Kohle in der Kraftwirtschaft in den Jahren 1975 bis 1983

Jahr	Menge in 1 000 t SKE	Veränderung gegenüber Vorjahr in v. H.
1975	24 312	
1976	30 644	+ 26,0
1977	29 556	% 3,6
1978	32 208	+ 9,0
1979	33 611	+ 4,4
1980	34 089	+ 1,4
1981	36 322	+ 6,6
1982	36 175	% 0,4
1983	39 679	+ 9,7

Anlage 2

Aufstellung der gezahlten Zuschüsse und der vereinnahmten Ausgleichsabgabe nach Bundesländern für das Jahr 1983

Bundesland	Zuschuß*) in 1000 DM	Ausgleichs- abgabe**) in 1000 DM
Schleswig-Holstein	7 346	62 158
Hamburg	48 531	58 440
Niedersachsen	202 657	189 111
Bremen	10 362	23 591
Nordrhein- Westfalen	880 255	695 577
Hessen	48 675	150 085
Rheinland-Pfalz ...	69 238	114 075
Baden- Württemberg	479 094	257 356
Bayern	147 373	289 597
Saarland	146 133	57 879
Berlin	58 909	50 535
Gesamt:	2 098 573	1 948 404

*) bezogen auf den Sitz des Unternehmens

**) Auswertungen nach dem Abgabesatz der Bundesländer (Soll-Stellungen)

